



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 13.10.2008
Az.:

4. Sitzung des Kreisausschusses am 23.09.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Borgo, Rudolf i.V.v. Schmidt Horst

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Hofstetter, Franz Josef

i..V.v. Schwimmer Jakob

Knur, Herbert

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Scharf-Gerlspeck, Ulrike

ab 15.30 Uhr

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

von der Verwaltung:

Pelger Caroline

Eixenberger Anton

Helfer Helmut

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Haushaltswesen
Verwendung der Mehreinnahmen aus der Schlüsselzuweisung 2008
Vorlage: 2008/0385
2. Haushaltswesen
Einsparung von Ausgaben für die ambulante Eingliederungshilfe aufgrund der Zuständigkeitsreform in der Sozialhilfe
Vorlage: 2008/0386
3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Erding
Neufassung des Vertrages mit dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Erding über die Geschäftsführung
Vorlage: 2008/0387
4. Haushaltswesen
Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe;
Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben 2008
Vorlage: 2008/0399
5. Kreisorgane
Bestellung eines Verbandrates für den Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen
Vorlage: 2008/0383
6. Jugendhilfe
Satzung für das Jugendamt des Landkreises Erding; Anpassung an die gesetzlichen Veränderungen
Vorlage: 2008/0402
7. Bekanntgaben und Anfragen
 - 7.1 Anfrage wegen Container am neuen Gymnasium
 - 7.2 Anfrage zum Krankenhaus (Besprechung am 30.07.)
 - 7.3 Photovoltaikanlage - Anfrage von Kreisrat Kuhn



I. **Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses
am 23.09.2008**

1. **Haushaltswesen
Verwendung der Mehreinnahmen aus der
Schlüsselzuweisung 2008 - Vorlage: 2008/0385**

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende ergänzt zur versandten Vorlage, die Verwaltung sei zu einem späten Zeitpunkt von der Höhe der Schlüsselzuweisung informiert worden. Dabei habe es vorab mit den Fraktionsvorsitzenden in mehreren Gesprächen die Überlegung gegeben, die Mehreinnahmen aus der Schlüsselzuweisung je zur Hälfte auf die Gemeinden und den Landkreis aufzuteilen. Tatsächlich waren es 1.378.492 € Mehreinnahmen. Der Vorsitzende schlägt vor, wie es auch in den Schreiben der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.01.2008 und der FW-Fraktion vom 04.01.2008 vorgeschlagen worden sei, die Hälfte den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Dabei stelle sich die Frage nach der Umsetzung. Er verweist dabei auf die Alternativen 1 und 2 in der Beschlussvorlage. Es wäre möglich, einen Nachtragshaushalt mit allen Formalitäten zu erlassen, obwohl bereits die Vorberatungen zum Haushalt 2009 begonnen haben. Er denkt, wenn die Summe im nächsten Jahr verplant werden sollte, werde dies sicher nicht vergessen.

Kreisrat Knur habe ihm kurz vor der Sitzung einen weiteren Vorschlag mitgeteilt. Der Vorschlag habe den Nachteil, dass eine Tilgung dann nicht erfolgen könnte, weil eine Entnahme aus der Rücklage ein Problem darstellen würde. Der Vorsitzende bittet Kreisrat Knur, den Vorschlag vorzutragen.

Kreisrat Knur merkt an, er halte es für richtig, nicht daran zu denken, 2008 einen Nachtragshaushalt zu machen, weil der Verwaltungsaufwand und auch der Aufwand in den Fraktionen sehr hoch wären. Er denkt, die 689.246 €, die eigentlich den Kommungen zustehen, sollten nicht für die Tilgung von Schulden verwendet werden. 2009 müsste der Betrag dann irgendwoher genommen werden. Er denkt, es sei ein Stück Glaubwürdigkeit zu sagen, der Betrag werde in die Rücklage gestellt, damit er im nächsten Jahr auf alle Fälle für die Gemeinden zur Verfügung stehe.

Der Vorsitzende stimmt dem Vorschlag zu, den Betrag zusätzlich der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Kreisrätin Stieglmeier stimmt dem auch zu und fragt, wie dieser Betrag „geparkt“ werden kann, damit er im nächsten Haushaltsjahr in die Berechnung so einfließe und das Ganze keine „Mogelpackung“ werde.

Der Vorsitzende denkt, dass alle Bürgermeister, die im Kreisausschuss vertreten seien, gemeinsam Wert darauf legen werden, dass der Betrag richtig verrechnet werden wird. Der Vorschlag von Kreisrat Knur sei annehmbar, den Teil der Gemeinden (689.246 €) explizit der allgemeinen Rücklage zuzuführen und damit keine Tilgung vorzunehmen.

Kreisrat Els zeigt sich grundsätzlich mit dem Vorschlag von Kreisrat Knur einverstanden, doch rechtlich sei es ihm nicht ganz schlüssig, wie der



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Betrag für die Gemeinden wieder entnommen werden kann und sich das dann auf die Kreisumlage auswirke.

Er denkt, es könne nicht der Tagesordnungspunkt 1 behandelt werden, ohne den Tagesordnungspunkt 2 zu berücksichtigen. Es seien 850.000 € Einsparungen im Jahr 2008 aufgrund der neu geregelten Zuständigkeit bei der ambulanten Eingliederungshilfe vorhanden, die seiner Meinung nach nicht für eine außerordentliche Tilgung verwendet werden dürfen, sondern auch den Gemeinden zu Gute kommen sollen.

Der Vorsitzende erklärt, die Aufgabe sei dem Bezirk übertragen worden. Bei der Kreistagssitzung am 17.12.2007 sei noch nicht bekannt gewesen, ob die Aufgabe an den Bezirk übertragen wird. Das Gesetz sei am 20.12.2007 veröffentlicht worden. Er denkt, wenn Kreisrat Els dies vorschläge, dann müsste auch der Tagesordnungspunkt 4 dazu genommen werden. Damals sei bewusst mit den Fraktionsvorsitzenden vereinbart worden, im Haushalt die Summe einzuplanen, weil nicht bekannt war, in welcher Haushaltsposition der Landkreis damit befasst werde. Entweder hole sich der Bezirk diese Summe über die Bezirksumlage oder aus dem Kreishaushalt. Die Summe hätte auch bei der Höhe der Bezirksumlage eingeplant werden können.

Kreisrat Els denkt, das sei nicht ganz richtig, 850.000 € hätten nicht eingeplant werden dürfen, weil der Bedarf nur 70.000 € waren.

Der Vorsitzende merkt an, es sei bewusst diese Summe für die ambulante Eingliederungshilfe an möglicherweise falscher Stelle eingeplant worden.

Kreisrat Knur erklärt, es sei richtig, dass die Gemeinden über die Kreisumlage die Finanzierung übernehmen. Es sei aber auch so, dass nicht nur das, was die Gemeinden zu viel bezahlt haben, Geld der Gemeinden sei, sondern auch die Schulden des Landkreises Schulden der Gemeinden seien, die über die Kreisumlage abfinanziert werden müssen. Er erinnert, ursprünglich war eine höhere Schuldentilgung im Haushalt vorgesehen. Dem Landrat sei dann abgerungen worden, diesen Betrag zu verringern, um die Belastungen für die Gemeinden in Grenzen zu halten. Wenn sich durch die Entwicklung die Chance ergibt, mehr Schulden zu tilgen, sollte die Chance wahrgenommen werden. Er spricht sich dafür aus, die zusätzlichen Einnahmen für die Schuldentilgung zu verwenden, damit sich auch die Zinsbelastung verringere und es mehr Spielraum für andere Maßnahmen gebe.

Kreisrat Treffler fragt, ob die Verzinsung der Summe auch an die Gemeinden weitergegeben werde.

Der Vorsitzende denkt, der Zinsertrag werde kein großer Betrag und nicht entscheidend sein, weil drei große Kommunen, die Städte Erding und Dorfen und die Gemeinde Oberding sich über einen Anteil von 60 % von den 689.246 € freuen werden. Er berichtet, in den meisten Gemeinden sehe die finanzielle Lage positiv aus. Die 689.246 € sollten eingeplant werden, wie dann im Detail verfahren wird, werde sich zeigen. Er erinnert, auch bei der Kreisumlage sei um 10.000 € nicht groß diskutiert worden.

Kreisrätin Stieglmeier fragt, ob es nicht möglich wäre, von dem Betrag zumindest eine einmalige Summe, z.B. für Bücher am neuen Gymnasium,



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

für die Hausaufgabenbetreuung und die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende antwortet, er habe heute mit der stellvertretenden Schulleiterin, Frau Hafner telefoniert. Obwohl aufgrund des Budgets 40.000 € veranschlagt waren, seien für ca. 47.000 € und nochmals für 6.500 € Bücher bestellt worden. Es seien auch Bücher bestellt worden, die noch nie angefordert worden sind. Das sei aber Sache der Schulleitung. Er habe mit Frau Hafner vereinbart, dass sie versuchen wird, ob bei anderen Sachausgaben Einsparungen möglich seien.

Er denkt, wenn über so viele Möglichkeiten der Verwendung der Mittel nachgedacht werde, könnte gleich ein Nachtragshaushalt gemacht werden. Es sei nicht möglich, im Detail in jeder Haushaltsstelle nachzubessern. Er erklärt, der Freistaat Bayern habe insgesamt den Kommunalen Finanzausgleich um rd. 200 Mio € erhöht. Im Bereich Hartz IV gebe es kein Defizit mehr. Er bittet deshalb schon um Verständnis. Wenn diese Summe aufgeteilt werden sollte, sei das haushaltsrechtlich nicht vereinbar.

Kreisrat Hofstetter stellt fest, die Vorgehensweise sei so mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen worden und weitere Diskussionen gehören nicht zum Tagesordnungspunkt. Mehr- oder Minderausgaben seien im Haushalt möglich, können aber nicht in jeder Sitzung erneut diskutiert werden.

Kreisrat Sterr denkt, es geht nur um den Betrag, der den Gemeinden 2009 zugute kommen solle. Er stimmt dem Vorschlag zu, jedoch müsse rechtlich und sachlich gesichert sein, dass der Betrag wirklich den Gemeinden zugute kommen wird, ansonsten schlage er vor, das Geld inzwischen bei der Stadt Dorfen „zu parken“ und dann aufzuteilen.

Der Vorsitzende betont, es sei rechtlich einwandfrei, wenn die Summe zwischenzeitlich der Rücklage zugeführt würde.

Kreisrat Gotz merkt zur Aussage von Kreisrätin Stieglmeier an, wenn nach festen Abmachungen eine solche Debatte vor den Haushaltsberatungen 2009 geführt werde „kommen wir auf keinen grünen Zweig“. Der wesentliche Punkt sollte schon sein, die Schulden von 31 Mio. € zurückzuzahlen. Auch die Schulden betreffen die Gemeinden. Deshalb bitte er schon, den Vorschlag mitzutragen.

Der Vorsitzende erinnert, dass z.B. 2005 die Kreisumlage 52,46 %-Punkte, 2006 51,4 %-Punkte, 2007 50,8 %-Punkte und 2008 49 %-Punkte gewesen sei, obwohl außerplanmäßig Schulden getilgt werden und die bekannten Investitionen getätigt werden. In Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden habe jeweils ein zustimmungsfähiger Haushalt für die Gemeinden erreicht werden können.

Kreisrat Lackner denkt, das ganze Jahr seien diese Themen abgehandelt worden und es stehe der Haushalt 2009 an. Es wäre fatal nochmals über den Haushalt 2008 zu diskutieren. Der Betrag sollte für 2009 in die Rücklage übernommen werden. Er denkt, der Kreistag würde sonst ein Stück weit Glaubwürdigkeit verlieren. Ein Nachtragshaushalt sollte vermieden werden.



Kreisrat Els weist darauf hin, dass sich die Wertigkeit der Kreisumlagenpunkte geändert habe. Ihn interessiert, ob es auch eine Abmachung im Bereich „ambulante Eingliederungshilfe“ (TOP 2) gebe.

Der Vorsitzende sagt, nachdem nicht bekannt war, was kommen wird, war die Regelung, die Summe entweder bei der Bezirksumlage (wenn der Bereich auf den Bezirk übertragen wird) oder im Bereich „ambulante Eingliederungshilfe“ einzustellen. Es sei dann vereinbart worden, die Summe (928.000 €) unter dem Titel „Ambulante Eingliederungshilfe“ einzuplanen.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Hofstetter erinnert, der Landkreis habe eine Haushaltssatzung verabschiedet.

Der Vorsitzende merkt an, es werde immer so dargestellt, als ob die Landkreise die Kostgänger der Städte und Gemeinden wären. Bei Gründung und Erstellen der Finanzgesetzgebung sei Einigung erzielt worden, dass es nur eine Steuer einziehende Ebene gebe, obwohl es drei kommunale Ebenen gibt. Der Vorteil sei, dass die Steuer einziehende Ebene bei den Hebesätzen variieren könne. Er denkt, wenn nun die „ambulante Eingliederungshilfe“ auf den Bezirk übertragen worden sei, könne die Summe auch nicht so einfach vereinnahmt werden. Zum Beispiel müssten dann die Mehrkosten in der Jugendhilfe auch aufgerechnet werden.

Kreisrat Knur merkt aus der Sicht eines Bürgermeisters an, der Staat nehme die Gelder ein und entscheidet, wie sie verteilt werden. Der Bezirk und die Landkreise setzen ihren Bedarf fest und die letzten, die Gemeinden „beißen die Hunde“. Insofern sei es philosophisch richtig, in der Praxis gebe es aber Hürden, die das ganze System fragwürdig erscheinen lassen.

Nach eingehender Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

KA/0015-14

Dem Kreistag wird empfohlen, die Mehreinnahmen aus der Schlüsselzuweisung 2008 in Höhe von 1.378.492 € zur Hälfte dem Vermögenshaushalt und den allgemeinen Rücklagen zuzuführen und außerplanmäßig eine außerordentliche Tilgung eines Kredites in Höhe von 689.246 € zum 30.09.2008 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

Kreisrat Borgo bittet festzuhalten, dass der Betrag (689.246 €) zur Reduzierung der Kreisumlage im Haushalt 2009 zur Verfügung gestellt werde. Dem stimmt **der Vorsitzende** zu.

2. Haushaltswesen

Einsparung von Ausgaben für die ambulante Eingliederungshilfe aufgrund der Zuständigkeitsreform in der Sozialhilfe

Vorlage: 2008/0386



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, von den im Haushalt 2008 veranschlagten Ausgaben von insgesamt 920.000 € (Unterabschnitt 4128 und 4121) seien aufgrund der Änderung der Zuständigkeit nur Ausgaben von 70.200 € angefallen. Er schlägt vor, die Summe von 850.000 € zur Schuldentilgung zu verwenden.

Kreisrätin Meister fragt, ob ein ähnlicher Betrag im kommenden Jahr für die höhere Bezirksumlage anfallen werde und es dann nicht besser wäre, diesen Betrag gleich der Rücklage zuzuführen und ihn dafür zu verwenden.

Der Vorsitzende merkt an, die Möglichkeit gebe es. Die Schuldzinsen seien aber höher als die Zinsen für Eigenkapital. Die Schuldzinsen gehen auch in die Berechnung der Kreisumlage ein. Er hält es deshalb für sinnvoll, damit Kredite zu tilgen.

Kreisrat Knur weist darauf hin, dass aus den Rücklagen nicht Ausgaben aus dem Haushalt finanziert werden können. Deshalb schlägt er auch eine außerplanmäßige Schuldentilgung vor.

Kreisrat Els spricht sich ebenfalls für eine außerplanmäßige Schuldentilgung aus. Er äußert aber auch Bedenken, weil nicht bekannt sei, wie viel Entlastung das neue Gesetz zum Jahresende bringen werde.

Der Vorsitzende antwortet, im Weiteren werde noch zu klären sein, ob es im Bereich „Hilfe zur Pflege“ einen Wechsel geben werde. Der Bayer. Gemeindetag halte sich dabei relativ neutral. Der Vorschlag war, die „ambulante und stationäre Pflege“ und die „ambulante Eingliederungshilfe“ auf eine Ebene zu stellen. Zum Beispiel sei beim Wohnheim der Lebenshilfe als stationärer Versorger der Bezirk zuständig. Für das „ambulant unterstützte Wohnen“ für vier Plätze im Gasthof „Zur Post“ sei der Landkreis zuständig. Die „Hilfe zur Pflege“ sei derzeit beim Bezirk angesiedelt. Es stellt sich die Frage, ob es Sinn machen würde, die „Hilfe zur Pflege“ auf den Landkreis zu übertragen. Der Bereich „Hilfe zur Pflege“ sei breit gefächert. Es wäre dann zu überlegen, ob der Bereich bei den Senioren angegliedert werden sollte. Bisher sei noch nicht bekannt, was auf die Landkreise in dem Bereich zukommen werde. Das sollte dann im nächsten Haushalt diskutiert werden.

Kreisrat Lackner hält nicht viel davon, Diskussionen aufzubauen und Mittel hin- und herzuschieben. Es sollte nicht vergessen werden, dass der Landkreis ca. 31 Mio Euro Schulden habe. Er spricht sich für eine Schuldentilgung aus und damit sollte rechtzeitig begonnen werden.

Kreisrat Knur verweist darauf, dass mit der Schuldentilgung ca. 65.000 € im Jahr an Zins und Tilgung gespart werden könne.

Der Vorsitzende bringt daraufhin folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

KA/0016-14

Dem Kreistag wird empfohlen, die aufgrund der Zuständigkeitsreform in der Sozialhilfe bei der ambulanten Eingliederungshilfe zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 850.000 € dem

Vermögenshaushalt zuzuführen und zur außerplanmäßigen Tilgung von Krediten zum 30.9.2008 zu verwenden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

**3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Erding
Neufassung des Vertrages mit dem Zweckverband für
Tierkörperbeseitigung Erding über die Geschäftsführung
Vorlage: 2008/0387**

Der Vorsitzende merkt an, acht Landkreise haben sich für die Tierkörperbeseitigung in einem Zweckverband zusammengeschlossen. Sitz dieses Zweckverbandes sei das Landratsamt Erding. Der Landrat des Landkreises Erding sei jeweils der Vorsitzende. Die Geschäftsführung habe die Kämmerei übernommen.

Bisher habe der Landkreis für die Geschäftsführung einen Pauschalbetrag vom Zweckverband bekommen. Früher habe Herr Gschlößl die Aufgabe erledigt. Derzeit erledige dies Herr Eixenberger.

Die Überlegung sei nun, dass der Zweckverband die Geschäftsführung selbst erledigen und der Geschäftsführer auch vom Zweckverband im jeweiligen Umfang bezahlt werden solle. Herr Helfer (Kämmerei) würde diese Aufgabe künftig übernehmen und für die Nebentätigkeit freigestellt werden. Der Aufwand für die Nutzung des Büros, usw. würde dem Zweckverband in Rechnung gestellt.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

KA/0017-14

Der Vertrag zwischen dem Landkreis Erding und dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Erding über die Geschäftsführung für den Zweckverband und die Erstattung des Verwaltungsaufwandes wird unter der Voraussetzung der Zustimmung durch den Zweckverband zum 01.10.2008 in der beiliegenden neuen Fassung abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

**4. Haushaltswesen
Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe
Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben 2008
Vorlage: 2008/0399**

Der Vorsitzende merkt zur versandten Vorlage an, im Bereich Jugendhilfe ergeben sich in den Abschnitten 45 und 46 überplanmäßige Ausgaben von 552.000 €. Er habe dem Sachgebietsleiter mitgeteilt, dass grundsätzlich die Budgetierung gelte und innerhalb des Sachgebietes ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Herr Grabert habe ihm mitgeteilt, dass dies nicht möglich sei. Daraufhin habe er die Abteilungsleiterin



beauftragt, zu versuchen, Einsparungen innerhalb der Abteilung vorzunehmen. Es ergeben sich nun Einsparungen bei der Sozialhilfe mit 122.000 €, Erstattungen im Bereich der Sozialhilfe und Grundsicherung durch den Bezirk mit 112.000 €, Einsparungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende mit 306.000 € und durch die allgemeine Deckungsreserve mit 12.000 €

Der Vorsitzende merkt an, die Mehrung ergebe sich überwiegend bei den stationären Maßnahmen. Die Summe wäre deutlich höher gewesen, jedoch habe der Landkreis einen hohen Erstattungsanteil von anderen Landkreisen von rd. 300.000 € erhalten. Er weist darauf hin, dass diese Sonderleistungen im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Der Ansatz für die Jugendhilfe werde um eine Summe von 1,3 Mio € zum bisherigen Ansatz steigen.

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Meister sagt, ihr sei aufgefallen, dass die Kosten bei Unterabschnitt 4555 „Ambulante/Flexible Hilfen“ deutlich gestiegen seien. In der Erläuterung sei zu lesen: „die sozialpädagogische Familienhilfe und die flexiblen Hilfen sind drastisch angestiegen. Die hauseigene SPFH ist völlig ausgelastet, so dass derzeit 24 Familien mit 42 Kindern durch externe SPFH betreut werden müssen.“ Sie möchte wissen, ob es kostengünstiger wäre, wenn im Landratsamt eine Stelle zusätzlich eingerichtet würde.

Der Vorsitzende antwortet, die Zahl schwanke immer wieder. Es können auch Fälle nicht nur mit der SPFH, sondern auch mit der Erziehungsberatungsstelle abgedeckt werden. Bei speziellen Fällen seien trotzdem oft externe Stellen erforderlich. Es stellt sich die Frage, was sinnvoller sei. Es gehe immer um die Frage, wie den jungen Menschen am sinnvollsten geholfen werden kann.

Kreisrat Knur denkt, der Ansatz, was könne mit eigenem Personal abgedeckt werden, sei richtig. Fremdpersonal sollte dann eingesetzt werden, um Spitzen abzudecken. Im nächsten Haushalt müsse mit Mehrungen von rd. 1,3 Mio € gerechnet werden. Er denkt, es sollte überlegt werden, ob sich nicht insgesamt ein Änderungsbedarf in dem Bereich ergebe.

Der Vorsitzende stimmt dem zu. Er werde bei den Haushaltsberatungen vorschlagen, Mittel für eine Organisationsuntersuchung (Organisationsabläufe) einzuplanen, weil es Sinn macht, dies genauer zu prüfen. Wichtig sei, dass Prozesse schon optimiert worden seien. Trotzdem sollte das von außen geprüft werden.

Er berichtet, er komme gerade aus einer Besprechung des Sozialausschusses des Bayer. Landkreistages. Es sei berichtet worden, dass es z.B. die Erziehungsberatung mit den ambulant sozialen Diensten in sonst keinem anderen Landkreis mehr in Bayern gebe. Von daher gesehen habe der Landkreis schon ein gutes Angebot. Der Nachteil sei, dass nicht für jeden Fall ein Spezialist angeboten werden könne. Auch die beiden Sachgebietsleiter sagen, es werde immer Fälle geben, wo möglichst qualifizierte Hilfe notwendig werde. Es sollte organisatorisch überlegt werden, was an möglichen Vernetzungen zusätzlich geschaffen werden könnte. Er befürwortet dies, weil es auch Änderungen in der

gesetzlichen Vorgabe gebe. Er denkt, der Landkreis werde um eine Organisationsuntersuchung nicht umhin kommen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Stieglmeier fragt, wie die Einsparungen im Bereich Sozialhilfe, Grundsicherung zustande gekommen seien. Gebe es in den bestimmten Bereichen dann weniger Geld. Sie möchte wissen, ob der Vorsitzende die Abteilung angewiesen habe, Einsparungen in den Bereichen vorzunehmen.

Der Vorsitzende antwortet, die Sachgebiete, die einsparen, melden sich nicht. Es müssen sich die Sachgebiete melden, die im Rahmen der Budgetverantwortung mit dem vorgegebenen Budget nicht auskommen. Die Abteilungsleitung habe dann mit den Sachgebieten in der Abteilung viele Gespräche geführt. Diese genannten Positionen seien vorgeschlagen worden.

Kreisrat Mehringer stimmt der Aussage zu, dass sich die Fälle in dem zuzugsreichen Landkreis häufen werden.

Der Vorsitzende berichtet von einer Frau mit sieben Kindern, die in fünf verschiedenen Einrichtungen untergebracht waren und dem Landkreis im Jahr rd.240.000 € gekostet haben.

Daraufhin bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

KA/0018-14

Dem Kreistag wird empfohlen die überplanmäßigen Ausgaben von 552.000 € in den Abschnitten 45 und 46 (Jugendhilfe) des Landkreishaushalts 2008 zu genehmigen.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben erfolgt durch Einsparungen im Bereich der Sozialhilfe, Einsparungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) und durch die allgemeine Deckungsreserve.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

5. Kreisorgane
Bestellung eines Verbandrates für den Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen
Vorlage: 2008/0383

Auf Wunsch **des Vorsitzenden** übernimmt der Stellvertretende Landrat Maximilian Gotz den Vorsitz.

Stellv. Landrat Gotz erklärt, Kreisrat Patschky sei vom Kreistag in der Sitzung am 26.05.2008 zum Stellvertreter von Verbandsrat Rübensaal im Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen und später von der Stadt Dorfen zum Verbandsrat im selben Gremium bestellt worden. Nachdem ein und dieselbe Person nicht gleichzeitig ordentliches und stellvertretendes Mitglied eines Gremiums sein kann, sei eine neue Bestellung notwendig.

Kreisrat Els nennt für die FW-Fraktion als Stellvertreter von Kreisrat Rübensaal Kreisrat Fischer Siegfried.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0019-14

Dem Kreistag wird empfohlen als Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen als Stellvertreter für Herrn Rübensaal

- Fischer Siegfried

zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

6. Jugendhilfe

Satzung für das Jugendamt des Landkreises Erding

Anpassung an die gesetzlichen Veränderungen

Vorlage: 2008/0402

Landrat Martin Bayerstorfer übernimmt wieder den Vorsitz.

Er erklärt, eine Änderung der Satzung sei aufgrund der geänderten Rechtsgrundlage anzupassen.

Kreisrat Mehringer bittet um Berichtigung in § 3 Punkt 2.4. Die korrekte Bezeichnung müsse heißen: „ein Bediensteter oder eine Bedienstete der zuständigen Arbeitsagentur“.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Hinweis und bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0020-14

Der Kreisausschuss stimmt der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Erding in der Fassung vom 19.06.2008 zu. Der Kreisausschuss schlägt dem Kreistag vor, die Satzung zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

7. Bekanntgaben und Anfragen

7.1 Anfrage wegen Container am neuen Gymnasium

Kreisrätin Stieglmeier fragt, warum die Belegung der Container am neuen Gymnasium zur Hälfte mit Schülern aus dem Gymnasium erfolgt sei. Ursprünglich sei geplant gewesen, dass die Container für die FOS/BOS-Schüler zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende sagt, die beiden Schulleiter haben diese Entscheidung getroffen. Er weist darauf hin, dass das Untergeschoß im neuen Gymnasium nie für das Gymnasium zur Verfügung gestellt worden sei und auch der Landkreis dafür keine Förderung erhalten habe.

7.2 Anfrage zum Krankenhaus (Besprechung am 30.07.)



Kreisrätin Meister merkt an, sie habe aus der Presse entnommen und auch von Fraktionskollegen gehört, dass sie bei der Besprechung am 30.07. nicht anwesend war. Sie möchte feststellen, dass sie dazu nicht eingeladen war und von dem Termin nichts erfahren habe. Sitzungstermine könne sie erfahren.

Der Vorsitzende antwortet, die Einladung sei an die Verwaltungsratsmitglieder gegangen. Es sei Kreisrat Borgo eingeladen gewesen, der sich abgemeldet habe.

Büro des Landrats
BL

Er merkt an, es werden keine Ersatzvertreter zu Besprechungen und auch nicht zu Sitzungen eingeladen. Er habe dies in der letzten Kreistagssitzung deshalb erwähnt, weil Kreisrätin Meister die Anfrage der SPD-Fraktion zum Krankenhaus Erding mit unterzeichnet habe.

7.3 Photovoltaikanlage - Anfrage von Kreisrat Kuhn

Der Vorsitzende gibt Kreisrätin Stieglmeier eine Kopie des Antwortschreibens der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) vom 27.08.2008 aufgrund der Anfrage von Kreisrat Kuhn bezüglich einer Photovoltaikanlage beim Neubau der FOS/BOS. Er sagt, das Schreiben werde auch an die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Energie in der morgigen Sitzung verteilt werden.

Er merkt an, es sei gut, dass er einen Mitzeugen habe, welche Aussagen getroffen worden sind. Architekt Gruber war in der Besprechung in Osnabrück anwesend und könne auch bestätigen, dass gesagt worden sei, die DBU fördere keine normalen Photovoltaikanlagen, weil die Gesamtökobilanz bis heute nicht nachgewiesen sei. Architekt Gruber werde dies auch in der Bauausschuss-Sitzung bestätigen.

Nach Auskunft von Dr. Grimm von der DBU seien viele PV-Anlagen gefördert worden. PV-Anlagen seien keine Innovation mehr. Wenn es ein spezielles Verfahren gebe, kann beurteilt werden, ob es eine Förderung geben wird. In erster Linie stellt Dr. Grimm dar, die DBU setze den Innovationsaspekt verstärkt auf die Gebäudehülle und die Entwicklung neuer Materialien und nicht alleine auf die besondere Energieerzeugung, die es schon gibt. Deshalb sei die Aussage von Kreisrat Kuhn, dass die DBU PV-Anlagen weiter fördere, nicht richtig.

Der Vorsitzende verliest daraufhin das Schreiben der DBU vom 27.08.2008.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses um 16.25 Uhr.

Vorsitzender

Vorsitzender
(zu TOP 5)

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Maximilian Gotz
Stellv. Landrat

Elfriede Mayer
Verw.Ang.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL